

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 A., halbjährlich 1.50 A. pränum frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 A.

Die Neue Welt (Inhaltsverzeichnis), durch die Post nicht beschickbar, kostet monatlich 10 A., halbjährlich 30 A.

Die Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gießstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphische Adressen: Volksblatt Halle-Saale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 21.

Sonnabend den 25. Januar 1896.

7. Jahrg.

Ein kostbares Geschenk.

Das neue bürgerliche Gesetzbuch ist bekanntlich dem deutschen Reichstage mit besonderer Feiertagsfeier überreicht worden und alle Wohlgesinnten im Lande freuen sich ob des kostbaren Gesichts. „Kostbar“ ist dies merkwürdige Geschenk schon insofern, als die Herren Juristen schier zwanzig Jahre lang an demselben gearbeitet haben, was nicht wenige Kosten verursacht hat, und ferner auch dadurch, daß es noch viele Kosten verursachen wird.

Daß das Gesetz eine „Rechtseinheit“ bringt, ist an sich zu begreifen; wir find in diesen Dingen keine Freunde der Zersplitterung. Der Sozialismus muß auf Zentralisation der Produktivkräfte beruhen, und wenn diese einmal durchgeführt ist, dann muß die Zentralisation der übrigen sozialen und staatlichen Einrichtungen von selbst nachfolgen. Der Föderalismus, wie ihn die bürgerliche Demokratie forciert, ist ein veralteter Standpunkt, und man wird in Deutschland in den historischen Wirklungen des Föderalismus stets Unheil entdecken, wenn man genau zuseht. Immerhin aber wird man mehr auf den Inhalt als auf die Form zu sehen haben, wenn sich in unseren Einrichtungen eine Zentralisation vollzieht. Es giebt gewiß keine leistungsfähigere Auffassung, als die unserer National-liberalen, welche „Einheit um jeden Preis!“ wollen. Sie haben dieselbe bekommen und werden manchmal im Stillen selbst bedauern, daß sie nicht mit etwas mehr Ueberlegung zu Werke gegangen sind.

Das neue bürgerliche Gesetzbuch bedeutet aber in der That nur einen Fortschritt in der Form, einen Rückschritt im Inhalt.

Die bestehenden Zustände sind im ganzen allerdings reif, daß sie beseitigt werden. Lausendfach sich freuzende und übernommene „Rechte“ bestehen noch, und das ganze bunt-schichtige Durcheinander des mittelalterlichen Rechtswesens ist uns erhalten geblieben, hat sich durch alle Katastrophen und Umwälzungen hindurch „wie eine ewige Krankheit“ fort-gewahrt. Der Geist des jetzigen Rechtsamergerichts ist Weg-lar geht noch immer um. In der Stadt Nürnberg z. B. sollen noch über ein Dutzend verschiedener Rechte bestehen, und von den Hören der ehemaligen Reichsstädte gelten ganz andere Rechte, als innerhalb ihrer berühmten alten Mauern.

Solche Uebelstände müssen endlich fallen. Allein man darf dabei nicht vergessen, daß wir in einzelnen Provinzen auch Rechtszustände haben, die relativ weit besser sind, als das, was das neue bürgerliche Gesetzbuch bietet. In den rheinischen Ländern sind noch Reste der französischen Gesetzgebung vorhanden, und diese werden von dem Entwurfe bei weitem nicht erreicht. Ebenso verhält es sich mit einzelnen Teilen des alten preussischen Rechts, das feinerzeit unter dem geistigen Einflusse der französischen Revolution entstanden ist.

Es war sonach die ganz naturgemäße Aufgabe der Kom-mission, welche den Entwurf verfaßte, aus den bestehenden Zivilgesetzen das auszuselektieren, was sich als überlebt und

unzulässig erwiesen, das aber beizubehalten, was sich als zweckmäßig erprobt hat.

Dies ist leider keineswegs geschehen. Man hat im Gegen-teil die meisten freisinnigen und vollstimmigen Bestimmungen, die es in den Eingefallenen gab, gestrichen, und hat einen Entwurf hergestellt, der die sozialen Neu-Einstellungen unseres Zeitalters einfach nicht berücksichtigt.

Die Jurisprudenz hat vieles mit der Theologie gemein; sie greift heute nur unendlich tiefer in die Interessensphäre des Einzelnen wie des gesamten Volkes ein, als alle Kirchen und Konfessionen zusammen. Wie aber der fünfjähige Theologie starr an den biblischen Satzungen festhält, so auch der fünfjähige Jurist an den Satzungen der her-erachteten und überlieferten Jurisprudenz. Die Theologie nimmt doch nur ihr geistiges Nützlich aus einem anderen Zeitalter und aus einer anderen Gesellschaft. Die Jurisprudenz geht viel weiter. Sie konstruiert Rechtsgrundzüge aus dem fünften und sechsten Jahrhundert unserer Zeitrechnung; sie zwingt uns, unsere Rechtsangelegenheiten zu ändern nach Grund-sätzen, die aus der Zeit des byzantinischen Kaiserreichs, aus der oströmischen Gesellschaft stammen. Diese Gesellschaft be-trübt auf der Sklaverei und dem Despotismus; sie war in fast allen ihren Einrichtungen dem heutigen germanischen Wesen geradezu entgegengesetzt und ist den Germanen auch fast immer feindlich entgegengetreten. Der Byzantinismus, das Uebermaß von Untermüßigkeit, ist aus jener Zeit sprich-wortlich geworden.

Die byzantinischen Juristen konnten natürlich nur solche Rechtsgrundzüge der Nachwelt überliefern, die aus den so-zialen Schichten ihrer Zeit emporgewachsen waren, denn man kann keine Rechtsgrundzüge aus der Luft schöpfen. Und diese byzantinischen Rechtsauffassungen sind heute noch zum größten Teile bestimmend für die Gesichtspunkte der juristi-schen Wissenschaft. In dem sogenannten Corpus juris wird die römische, resp. byzantinische Rechtsauffassung von den Fürsten des Volkes durch die Jahrhunderte aufgewahrt und auch das deutsche Volk muß sich mit dieser Bürde schleppen.

Unter diesen Umständen war von vornherein nicht anzu-nehmen, daß wir in Bezug auf den Inhalt des neuen bürger-lichen Gesetzbuches einen besonderen Fortschritt erleben würden. Im Gegenteil mußte man auf Rückschritte gefaßt sein. Und sie sind dem auch nicht ausgeblieben.

Wir wollen heute auf die einzelnen Bestimmungen nicht näher eingehen. Bezeichnend ist an dem neuen Gesetzbuch, daß die moderne Sozialgesetzgebung so wenig berücksichtigt ist. Den Frauen sind keine neuen Rechte einge-räumt. Die Ehebindung ist erschwert statt erleichtert, die freisinnigen Bestimmungen in Bezug darauf, die sich in der altpreussischen und rheinischen Gesetzgebung vorfinden, sind ausgemergelt worden.

Und man mutet uns zu, uns über dieses „kostbare Geschenk“ zu freuen, nur weil es keine formelle Einheit eintrahgt und zu gunsten der neuen Form den Inhalt verschlechtert?

Das ist ein wenig zu viel verlangt. „Gurrappatrioten“ gingen bekanntlich noch weiter. Sie verlangeten, der Reichstag solle den Gesetzentwurf gar nicht

in einzelnen beraten, sondern ihn gleich en bloc annehmen. Diese dreiste Zustimmung hat aber ihre Zurückweisung ge-funden. Der Reichstagspräsident erklärte bei der Entgegen-nahme des „kostbaren Gesichts“, der Reichstag werde die Vorlage eingehend beraten. Allerdings ist damit noch keine Garantie geboten, daß die Vorlage wesentlich verbessert werden wird. Denn man muß immer bedenken, daß auch im Reichstage die Juristen in dieser Angelegenheit das große Wort führen werden. Man wird sich glück-lich schämen dürfen, wenn es gelingt, die Vorlage einigermaßen zu ver-bessern.

Und wie kommt das alles? Nun, die Rechtszustände sind nichts Wesenloses; sie schweben nicht in der Luft, sie müssen sich aus einem sozialen Untergrund heraus entwickeln. Sie stehen selbstverständlich im Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise und sind dazu mit den altertümlichen Elementen des römi-schen Rechts befangen. Sie sind eine Widerpiegelung der Klassenverhältnisse. Das kann sich erst ändern unter einer neuen Produktionsform. Dann kann das neue Recht aus dem Leben selbst geschöpft und den Anschauungen und Be-dürfnissen der Gesellschaft angepaßt werden. Die alten Ge-setzsammlungen haben dann nur noch historischen Wert, und das Volk wird erleichtert aufatmen, wenn es von diesem Balle befreit sein wird.

Unser Zentralorgan, der Vorwärts, schließt einen Artikel über den Entwurf, nachdem er die Zusammenfügung der Kommission kritisiert hat, die ihn schuf, folgendermaßen: „Was mußte auf Grund solcher Entstehung der Entwurf unvermeidlich werden?“

Vor allem ein Spiegelbild des Klassenbewußtseins der Bourgeoisie. Denn wie wäre es denkbar gewesen, daß die Mandatäre von Regierungen, welche noch heute im Sozialismus ein rechtsbildendes Moment anzuerkennen nicht gewillt sind, die Grenzen einer im Sinne des Bestehenden konservativen Rechtsauffassung auch nur um eines Haars Breite verlassen hätten?

Das Recht des Entwurfs ist Klassenrecht. Und noch ein anderes Verhältnis wurde durch die Unter-brückung des politischen Elementes heraufbeschworen — zum zeitweiligen in unserer Geschichte. Schon einmal hat das deutsche Volk in jahrhundertelangen schmmerlichen Kampf mit dem gleichen Verhältnis gerungen, als die Rezeption des römischen Rechts das politische Element des Rechts dem technischen unterworfen hatte.

Das Recht des Entwurfs ist Juristenrecht.“

Preussischer Reichstag.

22 Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Bei wiederum sehr schwacher Besetzung des Hauses wird die Beratung über den **Verleumdungsgesetz** fortgesetzt.

Abg. Bebel (so.): Ich habe schon im vorigen Jahre hier die Mitteilung gemacht, daß die Frau Wolfmeierin in Elberfeld die Postboten zu häuslichen Arbeiten, Einzelgehöhen von Baden u. i. v. verwendet. (Seit er fest.) Als diese Dame von meiner Rede Kenntnis erhielt, soll sie gesagt haben: Die Reichsgebühren-nächsten müchten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, sonst

Divisionsschef des in Bonn liegenden Militärs und an die Gen-dermerie in Maridennes.

Jetzt war ihm leichter. Er konnte ruhig in seinem Kabinett bleiben, die Ellenbogen in seine Papiere vergraben, das Gewicht in die Hände gestützt. Er ließ das Gerücht verbreiten, er leide an Nüchternheit, empfing niemand, blieb den ganzen Nachmittag in seinem Zimmer, und begnügte sich, die Briefe und Papiere, welche unangesehnt eintreffen, zu öffnen. Aus diesen Berichten konnte er den Mord der Arbeiter verfolgen, von der Magdalena nach Grevevor, von Grevevor nach der Victoire und von dort nach Orléans Marie. Von anderer Seite erfuhr er von der Ver-nichtung der Bombarden und Dragoner die durch falsche Nach-richten irreführt, unaufrichtig den bedrohten Gruben den Rücken kehren. Ammüchlich bei alles verüßlichen mochten sie das sich untereinander erwidern, der Direktor hielt beide Augen mit den Händen bedekt, vergraben in das tiefe Schwitzen, welches sein Gesicht umhüllte und worin er nichts vernahm, als von Zeit zu Zeit das Geräusch der Maffolieren aus der Küche, wo die Köche das Abendessen bereiteten.

Es war fünf Uhr, schon unüßlerste großes Dämmerlicht das Gemach, als ein jenes Larmen Herrn Hennebeau aus seinem Bette aufstieß. Am ersten Augenblicke meinte er, die beiden Ellen-ben trete zurück; aber es brannte näher heran, und wie er aus Fenster trat, brach ein mächtig rollender Schrei durch die Luft:

„Herr! Herr! Herr!“

Es waren die Streifenleute, die Montjou überschwemmen, nach-dem die Genidarmen, welche meinten, daß der Voreuz bedroht lie, die Stadt verlassen hatten, um nach der Grube zu eilen.

500 Kilometer von der ersten Hülsen des Schidhens, unweit der Kreuzung der großen Sandstraße und des Weges nach Van-dame, hielten Frau Hennebeau, Negret und die jungen Damen die Arbeiter stehen lassen. Sie hatten den Tag höchst angenehm verbracht. Jetzt nahm sie beim Direktor des Eisenhammers ein sehr animiertes Frühstück ein, machten dann einen Besuch in den Werkstätten und trafen den Nachmittag mit einem Spazier-gange zu einer nahen Blühstille aus. Als sie endlich in der klaren Dämmerlicht des fünften Tages heimkehrten, schlug Caselle vor, in einer hart am Wege liegenden Weitere eine Tafel Milch zu trinken.

(Fortsetzung folgt).

Serial.

Sozialer Roman von Emil Bola.

Madredr verbotet.

Wenn Hypolyt eben wieder zum zweitenmal herausgenommen, was vielleicht nur aus Posten gedeben; vielleicht forderte er hinter der Thüre und amüsante sich über die Entdeckung!

Hennebeau rückte sich nicht. Er war auf den Sessel zurück-gefallen, blickte unverbunden auf das Bett, und die Jahre voll heimlichen Lebens, seit er dieses Bett genommen, rollten an seinem Gesichte vorbei. Er dachte an ihre Hochzeit, an ihr erstes Mit-versuchen unmittelbar danach, ein Hochverbrechen des Herzens und der Sinne. Er dachte an die Liebesgötter, welche sie gehabt haben mochte, ohne daß er davon gewußt, und an den, welcher er ihr in Paris zehn Jahre lang erlaubt hatte, gleichwie man einem Kranken irgend ein altes Genußmittel giebt. Danach waren sie nach Montjou gekommen. Er hatte gehofft, sie zu heilen; die Mühe, die Ginnamkeit, das Alter sollten sie ihm endlich wieder in die Arme führen. . . . Dann kam Paul, sie wurde seine Mutter, und zu ihm war ihrem toten, für immer verdrungen Herzen und er, ihr Mann ohne nicht, fürstete nichts! Er dete dieses Weib an, welches sein Weib hieß und doch anderen gehört hatte und nicht ihm; er wäre auf die Knie vor ihr geknien, wenn sie ihm den Heiltsgeheim hätte, den andere von ihrem Herzen noch übrig gelassen — diesen Heilts hätte sie an ein Stück ver-erbt!

Eine helle Glode erhobte. Er fuhr zusammen; es war das Zeichen, welches der Diener geben mußte, wenn der Vordirektor, der er stand auf, und plötzlich rief sich, ohne daß er es wollte und wußte, ein Strom heftiger, großer Worte aus seiner Brust:

„Ich brauch ihre Zweifel und Ihre nicht! Ich weiß auf alles! Alles! Ich weiß darauf! Ah! ah! . . .“

Er tobte wie totes, schalt, schulte, welche eine Dine dieses Weib! Er suchte Worte, schandliche, gemeine Worte und be-schämte ihr Bild damit. Dann ließ ihm das ruhige Lächeln ein, mit welchem sie die Debat zwischen Paul und Götter betrieb, und dies brachte ihn vollends außer sich: Also nicht einmal aus Leidenschaft lüßte sie, nein, aus Gewohnheit, wie man sich an irgend ein Defekt gewöhnt. Sie mußte ihn verdrüht haben, ge-wiß! Und er entzündete Paul. Sie hatte ihn genommen, wie man oft aus künftlicher Begierde in einem noch unreifen Apfel

beißt. Und wenn sie seinen Nerven mehr haben wird, der ihr zu Willen ist, was dann? was dann? . . .

„Der Direktor, der Vordirektor.“ Der Dinaert ist auch wieder da; er tagt, daß es schon zum Sandgemenge gekommen ist. Zum Donnerwetter, ich komme gleich hinunter!“

Was sollte er thun? Sie bedachte, wenn sie abends von Maridennes zurückkehren, wie ansäugliche Tiere aus seinem Zimmer lägen? . . . Ihr gemeinsamer Atem war's, der die Luft im Zimmer so schwer und warm machte, und dieses Karium, er erkannte es jetzt, es war der Weichsgrund, den seine Frau ausströmte. . . . Ueberall, in jedem Stien, jedem Möbel, jedem Handtuch im Waschbecken selbst glaubte er die Spuren ihrer Gegenwart entdecken zu müssen. . . . Und in seinem zehenden Jem war er sich auf das Bett, wie mit den Säulen, riß, ließ mit wahrstimmiger Mut darin hängen.

Wissig meinte er, wieder den Diener auf der Treppe zu hören. Er schämte sich, hielt inne, trodnete den Schweiß von seiner Stirn und ließ die wunden Schläge seines Herzens sich langsam dämpfen. Dann trat er vor der Spiegel und blickte in sein gamsverhetes Gesicht, das er selbst kaum wiedererkante. Als er ruhiger ge-worden, als er gewöhnlich aus seinem Müßig die Spuren seiner Aufregung verdrängt hatte, ging er hinab.

Unen warteten Dinaert und fünf Voten und berichteten von dem Mord der Streifenleute durch die Gruben. Der Ueberausseter erklärte unumwunden, wie der alte Laubdien durch seinen Heiden-mut Mirou getretet habe. Doch Hennebeau hörte zerstreut, ohne zu verstehen; seine Gedanken waren oben geblieben in der Kammer Pauls. Er entließ die Leute, indem er sagte, er werde das Weib befehlen. Als er der ersten Schritte die wieder allein war, fand er in sich zusammen, das Gewicht in die Hände gedrückt. Endlich entschloß er sich, seine Kuppelboden durchzusehen, fand den Brief der Negie und öffnete ihn.

Aber die Buchstaben tanzten vor seinen Augen; er sah den Sinn der Worte nicht, recht. Er nach und nach glaubte er zu lesen, daß die Derrert irgend einen Handtuch von Seite der Arbeiter nicht ungenüßig. Zwar riefte sie ihm, die Lage der Dinge nicht zu verdrümmern; aber er ließen durchblicken, daß Unruben das Ende des Streiks beschleunigen dürften, indem sie einen Eingriff der bewährten Macht und energische Maßregeln veranlassen würden. Man adverte er nicht länger, sondern tiefer gradbrierte nach allen Seiten; an den Besessenen von Velle, an den

würden sie was erleben." (Große Heiterkeit.) Dieser Fall hielt aber nicht brechen. Da sehr häufige, besonders in kleinen Orten die Lektoren in Diensten herangezogen die nicht ihres Amtes sind. Auch die Bestimmungen über die Sonntagstraße werden vielfach nicht eingehalten; um an Beamten zu sparen, werden die Angestellten der Post, besonders die Landbriefträger, in ungehöriger Weise mit Arbeiten überlastet.

Abg. Jäckel (anti.) erhebt Klage über die unzureichende Sonntagsruhe der Postbeamten in Diensten. Der Präsident Herr v. **Wol** macht dem Redner darauf aufmerksam, daß die Sonntagsruhe der Postbeamten bereits in ersprießlicher Weise erteilt worden sei. (Siehe Kapitel 25 (Unterbeamte) zur Diskussion.)

Abg. Jäckel erwidert, daß er sich wohl für berechtigt halte, auch bei diesem Titel auf die Frage der Sonntagsruhe zurückzukommen.

Präsident Herr v. Wol: Ich muß auf meinem Einspruch beharren, und ersuche den Redner, nur über die Unterbeamten zu sprechen. **Abg. Jäckel** führt weiter aus, daß an vielen Orten den Unterbeamten eine ausreichende Sonntagsruhe nicht gewährt werde. Ganz anders sei die Sache bei den höchsten Beamten, diese arbeiten am Sonntag höchstens als Sonntagsrüher. (Heiterkeit.) Verschiedene Male hätten Mitglieder der rechten Seite auf diese Mißstände aufmerksam gemacht, sie seien aber in geradezu hochmütiger Weise von den Vertretern der Selbstverwaltung behandelt worden. Wenn jetzt aber sogar ein Abgeordneter sozialistischer Richtung sich für die Sonntagsruhe der höchsten Beamten zu werben wagt, so ist es ein Zustand der nicht bloß in der Schmach der deutschen Nation, sondern auch in der Schmach der deutschen Regierung zu erblicken ist.

Präsident v. Wol: Ich würde dem Redner wiederholt bitten, sich nur mit den Gesamtverhältnissen der Postverwaltung zu beschäftigen, und mache ihn zugleich auf die geschäftsordnungs-gemäßen Bestimmungen über die Personalfragen aufmerksam. **Abg. Jäckel** tritt in seinem ungen parlamentarischen Leben zu gute zu halten, wenn er nach Meinung des Präsidenten über die Strafen geschlagen haben sollte. Redner gibt zum Schluß dem Wünsche Ausdruck, daß die Postbeamten Sommerferien erhalten.

Geheimrat Wittke: Eine Überbürdung der Arbeitskräfte in der Postverwaltung besteht nicht, was schon daraus hervorgeht, daß in den letzten Jahren die Personalfragen im Etat erheblich vermehrt sind. Ein großer Teil dieser vermehrten Ausgaben kommt den mittleren und unteren Beamten zu gute. Die etatsmäßigen Stellen der Unterbeamten sind in letzter Zeit ganz erheblich vermehrt worden. Die Gratifikationen würden überall nach gleichen Grundsätzen verteilt, auch werden die Unterbeamten nicht dabei zurückgelassen. Ich muß entschieden der Behauptung widerprechen, daß die vom Vordränger angelegte Frage von uns mit Hochmut behandelt wird. Im übrigen kann ich auf allgemeine Angaben nicht eingehen, da beide Vordränger es unterlassen haben, ihre Beschwerden im einzelnen näher zu erläutern.

Abg. Dr. Kappeler (Sozial.) polemisiert wiederum gegen den Eintrag der Postverwaltung, der Herr v. Wol hat die Beschlüsse des Reichstages in den Einkommen- und Lohnverordnungen erlassen. Dieser Verein habe einen Vorstoß seitens der Beamten und ein Denunziationsereignis erzeugt, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Staatssekretär v. Stephan erklärt die Beschlüsse für ungenügend. Angenommen die Beamten nicht zum Beitritt, so bliebe ihnen fast überflüssig.

Abg. Bebel: Hand in Hand mit der Steigerung der Beamtenszahl geht die Steigerung des Dienstes. Bezüglich der Gratifikationen werde ich bei einer anderen Gelegenheit einen Antrag auf Abschaffung der Gratifikationen in allen Verwaltungen einbringen stellen. Es ist immer ungenügend, daß die Unterbeamten erst nach 24 Jahren die Oberbeamten hingegen schon nach viel kürzerer Frist unfindbar angelegt werden.

Nach Bemittlung dieses Kapitels wird über die Stellenzulagen für Beamte und Unterbeamte debattiert. Ein antilebensfähiger Antrag, diese Stellenzulagen abzuschaffen, aber eine Abmilderung der Zulagen zu gewahren, wird abgelehnt.

Abg. Zinger (Soz.): Bei anderen Staats- u. B. beim Militär- und Marineart, könnten die Konventionen viel eher lauten. Wir haben ja eine besondere Interesse daran, daß äußerlich schon aussehende Postbedienstete hergeleitet werden, aber eine solche Bedeutung, wie die Konventionen für den Postdienst, ist nicht zu erwarten. Es wäre zu wünschen, daß der Staatssekretär um die Zulagen für seine Beamten ebenso besorgt ist, wie um die Verteilung schöner Gebäude.

Auch die übrigen Titel des Etats werden genehmigt. **Präsident** des Reichstages gibt **Abg. v. Weizsäcker** die Erklärung ab, daß seine Partei darauf verzichtet, Anträge auf Abschnitte zu stellen, da es ihm in der Kommission nicht durchgehen werden.

Der Etat der Reichsdruckerei wurde ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Beim Etat des Reichsanwalts, das Reichsanwalts Amt ab, er sei immer ungenügend, daß die Unterbeamten zu geben über die Stellung der Regierung zu der im vorigen Jahre vom Reichstag angenommenen Währungsreform. Erst in der nächsten Zeit werde er Gelegenheit haben, eine Erklärung darüber abzugeben.

Es entspann sich im Anschluß daran eine Auseinandersetzung über den Vermögensstand des Reichstages. **Abg. Dr. Barth** und **Dr. Kardorff**, die zum Schluß einen sehr erregten Charakter annahm und eine stürmische Szene hervorrief.

Abg. v. Kardorff (freisinn.) tritt für die Doppelbücherei ein; für die Geldwahrung wurde durch begabte Agenten des englischen Kassenbüros Stimmung gemacht. Der Kassenbüro war nur eine englische Gründung gegen die deutsche Industrie. Der Antwort des Reichsanwalts sehen wir mit großer Aufregung entgegen, er mag ausfallen, was er will, aber in unserer Behauptungen nicht laßn werden. Und wenn die Regierung erklärt, sich auf eine Währungsfrage nicht einzulassen zu wollen, so würden wir bedauern, daß sie auch diesen Rettungsanker der Landwirtschaft verweigert, nachdem er sich den Antrag ganz abgelehnt hat. Wir würden uns aber alsdann verpflichtet halten, uns mehr die finanzielle Bewegung in Vorbereitung zu stellen.

Präsident Herr v. Wol: Auf der linken Tribüne des Hauses herrsche vorher eine ganz ungehörige Umruhe, es sind feindliche Ausfälle des Reichsanwalts gefallen, die hier im Saale vornehmbar waren. Ich brauche wohl nur auf den § 13 der Geschäftsordnung zu verweisen, um weitere derartige Vorgänge unmöglich zu machen. (Beifall.)

Abg. v. Limburg-Sturum (Soz.) dankt dem Reichsanwalt für die Überbrückung der guten Beziehungen zu Russland. Ein Krieg mit England ist unmöglich, doch müssen wir England gegenüber, das unsere Freundschaft braucht, als feste unsere Interessen wahrnehmen.

Abg. Dr. Barth (frei. Ver.) weist die Bemerkung Kardorffs über die begabte Agenten des Kassenbüros in Deutschland zurück. Ebenfalls könne man von begabten Agenten des Bimetallismus in Deutschland sprechen. Die Herren dort drüben sind so sehr praktische Politiker, daß sie kein Geld ausgeben, wenn sie nicht Aussicht haben, eine Gegenleistung zu bekommen. In Deutschland sind alle Besorgnisse von Betreibern von Industrie nicht ohne entsprechende Anknüpfung an unsere Geldwahrung, wie die Beschlüsse unserer großen Bundesversammlungen in fast allen Städten zu beweisen. Diese können sich fast gar nicht vorstellen, daß eine verantwortliche Regierung sich auf einen solchen Antrag einzulassen, wie er im vorigen Jahre hier in dem Reichstag eingeklungen ist. Einmal der Reichsanwalt hat sich nicht erwidern, wie er sich der Entwürfe zu verhalten, wie er bisher niemals erwidern ist. Mögen die Regierung, doch endlich von dem Kadaver des Bimetallismus ablassen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Es ist heute zum zweitenmal im Deutschen Reichstage der Vorstoß an gekommen, daß wir 2 Millionen von 100 Millionen Reichsmark. Es ist früher schon einmal ein Vorstoß gemacht worden, daß wir 2 Millionen Reichsmark aus dem Reichsgebiet, wenn irgend ein Fehler in der Sache des Reiches der Eisenämmer nicht aus Deutschland gelassen ist. Wenn

Der Dr. Barth mit nicht den bestimmten Beweis liefert, daß irgend ein Reich in Deutschland bezahlt ist, um für amerikanische Interessen einzutreten, so ist er nicht für einen infamen Vagabund (Große Umruhe links).

Abg. Dr. Barth: Eine solche ist so absolut mangelhaften tatsächlichen Fundamenten beruhende Grobheit und Unverschämtheit, wie sie der Abg. v. Kardorff eben ausgesprochen hat, ist mir noch nicht vorgekommen. (Lächeln des Reichsanwalts, große Umruhe links.) Warum rügt der Präsident den Ausdruck „infamer Vagabund“ nicht?

Präsident Herr v. Wol: Der Abg. v. Kardorff hat einen Ausdruck des Abg. Barth nicht genommen. Er hat es so ausgesprochen, als ob gesagt ist, er ist begabte. Aber tatsächlich hat der Abg. Barth nur von begabten Agenten gesprochen. (Beifall.) Allerdings habe ich bei dem Herrn über die, daß der Abg. v. Kardorff dem Abg. Barth zugestimmt hat, es wäre eine „infame Lüge“. Gegenüber hat der Abg. Barth direkt die Unverschämtheit und Grobheit gegen Herrn v. Kardorff geäußert; diese Ausdrücke entsprechen nicht der Ordnung dieses Hauses und rufe ich daher den Abg. Barth zur Ordnung.

Abg. Dr. Barth: Es ist nicht nur von einer infamen Lüge gesprochen, sondern direkt gesagt worden, ich sei ein infamer Vagabund. Einen solchen beizubringen Jemand lasse ich mit weder von Herrn v. Kardorff noch von irgend jemand anders gefallen. Nachdem der Präsident den Ausdruck nicht gerügt hat, bin ich verpflichtet, mir direkt Genugtuung zu verschaffen. (Beifall rechts.)

Präsident Herr v. Wol: Ich wiederhole, daß nach meiner Kenntnis nur bedingt der Vorwurf der infamen Lüge gefallen ist. Wenn der Ausdruck so lautet hätte, wie Herr Barth sagt, so würde ich selbstverständlich wegen dieses ungehörigen Ausdrucks den Abg. v. Kardorff zur Ordnung rufen haben. Nach diesem Zwischenfall haben sich im Saal 2 erregte Gruppen von 20 Personen gebildet, die sich in den Saal ergabten und ohne Debatte bewilligt, worauf sich das Haus vertag.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat des Reichsanwalts des Innern) Schluss 5 1/2 Uhr.

Laagegeschicht.

Heber neue große Mehrforderungen für den Reichstag wird dem Herrn. Cour. aus Berlin geschrieben, daß eine Neubewertung der Artillerie in Frage gekommen sei, welche dem Reich einen Mehraufwand von annähernd 200 Millionen verursacht haben würde. Herr Miquel, der so überaus tätig ist gegenüber der Justiz, Schul- und Medizinalverwaltung, soll nach dem Herrn. Cour. schon für die Redung der Zinsen der dazu erforderlichen Anleihe vorgelegt haben. Man scheint aber, so schreibt die Zeitg., von diesem Plane „zum Schutz der Schwachen“ abgesehen zu sein, um desto größere Forderungen für die Marine möglichst noch in einem Nachtragsetat zu erheben. Einsehend ist hierfür die Vorfrage, ob man es auf einen Konflikt mit dem Reichstag deshalb ankommen lassen sollte. Der Reichsanwalt soll vorläufig von der Einbringung solcher Vorlagen abraten.

Mindefens 300 Millionen Mark verlangt in dem Reichstag. Wobens der Abg. Arndt zur Vernehmung der Flotte. Alles, was aus der Konversion erspart wird, soll nicht den Einzelplänen zu Kulturprojekten, sondern nur großen neuen Marineplänen zu gute kommen, wenn es nach dem Willen dieses Gewandtes geht. In derselben Nummer empfiehlte Karl v. d. Heydt einen Krieg mit England, und zu verhindern, daß England durch den Erwerb der Delagoa-Bai Transvaal umflammt und erstickt.

Wegen doppelter Kaiserbeleidigung ist Genosse Wagemann in Gera als Redakteur der Neuz. Trib. unter Klage gestellt worden.

Wegen Kaiserbeleidigung verhaftet wurde am Jubiläumstage in Dresden der Arbeiter Karne. Sein „Kollege“ und Arbeitsgenosse Riedel hat ihn denunziert.

Wegen Kaiserbeleidigung ist in Weimern, gleichfalls infolge einer Denunziation, ein 15-jähriger Knabe unter Klage gestellt worden.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Mannheim der Agent Keinert in Unterdrückung gezogen. Denunziant ist der Möbelhändler Jakob Schönberger.

Wegen einer Kaiserbeleidigung, die er in seiner Wohnung begangen haben soll, wurde in Weiffallen Genosse Flunarth in Langendretholz von einem Nachbarn angeklagt.

Eine Probe auf das Gempehl, wie die Pläne der sächsischen Reaktionen im Volk wirken, wird demnächst gemacht werden können. Infolge Ablebens des bisherigen Abgeordneten zur zweiten sächsischen Kammer für den 14. sächsischen Wahlkreis Meerane, Hohenstein-Ernstthal, Limbach und Waldenburg, macht sich eine Nachwahl zum Landtage in diesem Wahlkreise erforderlich. Das Ministerium hat als Wahltag den 20. Februar bestimmt. Bei der letzten Wahl ergaben die Sozialdemokraten 1773, die Konservativen 1873 Stimmen. Hohenstein wird bei der bevorstehenden Nachwahl den Wahlrechtsverfehlern die Dufflung für ihr Treiben ausgestellt.

Kurz und bündig. Ein Maschinenfabrikant in Vetschau, Niederlausitz, schrieb an einen „feiner“ Arbeiter folgenden eben so kurzen, wie charakteristischen Brief:

„Sie werden mir als Geger und Aufwiegler bezeichnet und infolge dessen hermit sofort und ohne Rücksicht entlassen.“

Einladet kann man allerdings die Ehrentätigkeit des Menschen nicht ruinieren.

Surra Germania! 2 Pfennig Unfallrente täglich! Der Dresd. M.-Ztg. wird aus Oels geschrieben: Die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft gewährt vielfach Renten, gegen deren Höhe gewiß Bedenken nicht erhoben werden können. So erhält u. a. die Juchowitzer-Frau Bischof zu Pottwitz hiesigen Kreises infolge ihrer Verunglückung im landwirtschaftlichen Betriebe eine Unfallrente von 2 Pfennigen täglich! — Zwei Pfennige täglich, sechs Pfennige monatlich. Es geht doch nichts über unsere Sozialreform!

Es wird fortzuarbeitet. Der neue preussische Polizeiminister hat der Evangelischen Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika die Erlaubnis erteilt, zum Besten der Krankenpflege in Deutsch-Ostafrika eine öffentliche Ausstellung von Kunstgegenständen zu veranstalten und die Einnahme von 150000 Mark zu verwenden. Die Forderung der Lotterie soll am 15. Oktober d. J. in der Hohensteinischen Anstalt Berlin zu Versteigerung stattfinden. Aber nicht bloß für die Krankenpflege in Ostafrika ist das Lotteriegeld bestimmt. — Der Minister des Innern hat auch dem Verein zur Förderung der Hun-

noerischen Landespflege die Erlaubnis erteilt, eine öffentliche Verlosung von silbernen Gegenständen zu veranstalten und die Einnahme zu verwenden.

Selbst die „evangelischen Arbeiter“ werden in Sachen nicht über die von der reaktionären Sippe geplante Wahlrechtsveränderung. In einem Artikel des Organs der Dresdener „evangelischen Arbeiter“ wird heftig gegen die Verleserung protestiert. Es heißt da u. a.:

„... kann aber auch kalten wie die Annahmefrei der 14 Sozialdemokraten im Landtag für ein stets mahndes Gewissen für unsere anderen Abgeordneten.“ „Zu dem wirklich alles so schön bei dem Herrn, der sich für die Arbeiter interessiert.“ Wenn man bei der betreffenden Landtagsverhandlung sieht, wie häufig die Darstellungen Stollers der mitleidigen Lage der Arbeiter „Vorteile“ hervorgerufen haben, kann man da nicht den Eindruck gewinnen, daß auch in den oberen Schichten ein beständiges Gefühl an öffentlicher Moral sich bemerkbar macht?

„Zu dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft überhaupt ein unverschämtes Redner oder eine Waise, deren Rechte man mit Füßen nicht drückt.“ „Zu dem andererseits aber nur ein Satz an dem Herrn da, daß die Vertreter unter unsern heutigen Wahlrecht die anderen Parteien unterdrücken könnten.“ „Sicherlich damit die Herren der alten Parteien hübsch unruhig ihre Rednerische Aufsehen können, liegen sie nicht im Landtag. Der Landtag soll eine Vertretung des ganzen Volkes in seiner mannichfachen Gliederung sein. Was ist das, es wenn dann die Vertreter auf unannehmliche, trotz aller Ermahnungen kommt doch nicht geflüchtete Arbeit heraus. Die Herren wollen die Sozialdemokraten heraus haben, aber gleichzeitig auch eine Vertretung aller unbemittelten Schichten zum Wohlstand erwidern, oder glaubt Jhr, die „Klassen“ Abgeordneten werden eure Interessen wahrnehmen. Ihr Handwerker, Bedienten und Arbeiter?“

In diesem Tone geht der Artikel weiter. Das ist gewiß verständlich. Aber die evangelischen Arbeiter sollen doch nicht vergessen, daß das Bestehen ihrer Vereine von derselben Sippe begünstigt wird, die dem sächsischen Volk den Schlag jetzt verheeren will. Nur in den Reihen der Sozialdemokratie ist der Platz, an dem jeder ehrliche Arbeiter — evangelisch, katholisch oder buddhistisch — stehen soll.

Hammerstein, der edelste und beste Freireich, sollte „in den nächsten Tagen“ nach Deutschland gebracht werden. Diese Meldung wird wieder demütiert, es seien noch viele Formalitäten zu erledigen, jedoch die Auslieferung vor Februar nicht erfolgen könne, heißt es.

Hammerstein vor dem preussischen Landtage. Vor einigen Tagen verfuhr im preussischen Landtage Herr v. Kröcher die konservative Parteileitung von der Schuld der Verschleppung in Sachen Hammersteins rein zu machen. Herr v. Kröcher, bekanntlich früher Mitglied des Kreuzzeitungskomitees, der eine Zeitung auch als Verleger gezeichnet hatte, gab an, ungenügend zu sein, daß das Kreuzzeitungskomitee für die bedauerliche Verschleppung der Hammersteins Angelegenheit verantwortlich sei, dagegen wollte er die Parteileitung von jeder Schuld freisprechen. Er bemühte sich, dies aus einer „historischen“ Darlegung des Falles Hammerstein nachzuweisen. Neues war in dieser Darstellung sonst nicht enthalten, aber Herr v. Kröcher durchkreuzte seine eigentliche Absicht selbst dadurch, daß er offen zugab, nur die Furcht vor der Bistole des „edlen“ Freiherrn v. Hammerstein habe ihn und Herrn v. Manteuffel seine Zeit dazu bewegen, nicht eher Schritte gegen den hochadeligen Gauer zu unternehmen. v. Kröcher und Herr v. Manteuffel sind bereits im Januar vorigen Jahres haben übereingekommen, daß Hammerstein, wie sich der konservative Redner vorfindig ausdrückt, „kein Gentleman“ sei. Herr v. Kröcher sprach auch etwas von einer harmlosen Gültigkeit des Kreuzzeitungskomitees, das erst im Juni des verfloffenen Jahres die ganze Sache überhaupt zum Forum der Partei gebracht habe. Der Reichsgentleman Hammerstein aber hat noch viele Monate, nachdem die Manteuffel ihn als Lumpen erkannt, den offiziellen Wortführer, Fraktionsredner und Umfrazbämpfer gespielt. Die Reichsgentleman sind stets im Kampfe gegen den Sozialismus, mögen sie Hring-Wahl, Rappra oder Hammerstein heißen.

Folgetisches und Gerichtliches.

Freigeprochen wurden gestern in Gera die Genossen Rüdiger und Stroh von der Anklage, durch ein Flugblatt das reussische Ministerium „lächerlich“ zu haben. Der Staatsanwalt hatte 2 bez. 9 Monat Gefängnis beantragt.

§ 51 G. O. auf die internationalen revolutionären Sozialdemokraten brachte dem Genossen Otto Kräfer in Berlin ein Strafmandat auf vierzehn Tage Haft ein. Das Urteil erkannte auf 30 Mark Strafe.

§ 31 G. O. auf dem Genossen Martens in Neumünster wegen eines Septembertagesfluges vor Gericht gekannt. Endlich ist er freigesprochen worden. Kein Mensch ist schuldig, ihn die Rechte und Verhältnisse, die ihm die nationale Anklage ergründet hat.

§ Wegen Beleidigung durch die Presse wurde Genosse Wurber von der Mar. Volkst. zu 30 M. Strafe verurteilt.

§ Freigeprochen wurde in der Beugungsinstanz Genosse Ottava in Garburg, nachdem er vom Schöffengericht wegen Verstoßes zu 15 M. Strafe verurteilt worden war.

§ Der Reichstag wurde in Gera in Sachen eine Gewerkschafts-Versammlung vom dortigen Bürgermeister mit der Begründung, daß bei der Art der Tagesordnung (Die deutsche Revolution) zu besorgen sei, es werde die Verleserung lediglich dazu benutzt werden, zum Klassenhaß anzuregen. Sachen ist gerichtet.

§ In Odenbach wurde eine Versammlung verboten, in welcher die Genossen v. Schmied und v. Schmied, die Reichstagsabgeordnete für Reichsbund, sprechen sollte. Grund? Weil Hofmann mehrfach verurteilt ist.

Politiknachrichten.

Der erste Sozialdemokrat ist in den hiesigen Kreisrat von der Stadtverordnetenversammlung in Mainz in der Person von Herrn Genossen Franz Joch geschickt worden.

§ Wegen Beleidigung durch die Presse wurde Genosse Wurber von der Mar. Volkst. zu 30 M. Strafe verurteilt.

§ Freigeprochen wurde in der Beugungsinstanz Genosse Ottava in Garburg, nachdem er vom Schöffengericht wegen Verstoßes zu 15 M. Strafe verurteilt worden war.

§ Der Reichstag wurde in Gera in Sachen eine Gewerkschafts-Versammlung vom dortigen Bürgermeister mit der Begründung, daß bei der Art der Tagesordnung (Die deutsche Revolution) zu besorgen sei, es werde die Verleserung lediglich dazu benutzt werden, zum Klassenhaß anzuregen. Sachen ist gerichtet.

§ In Odenbach wurde eine Versammlung verboten, in welcher die Genossen v. Schmied und v. Schmied, die Reichstagsabgeordnete für Reichsbund, sprechen sollte. Grund? Weil Hofmann mehrfach verurteilt ist.

Für Arbeiterbewegung.

Die allgemeine Arbeiterbewegung in der Konfessions-Industrie ist am 20. Januar in Gera Deutschland proklamiert worden. Soweit Berichte über die meist sehr hoch beachteten Ver-

Elbing. Der Geheimen Kommerzrat Ferdinand Schöbau, der Inhaber der großen Schiffswerft und Maschinenbauanstalt, ist gestern mittag gestorben.

Köln. Auf dem Postamt I wurde ein Unterbeamter verhaftet, der eine ganze Anzahl Postpakete sowie Wertpapiere unterschlagen hat.

Gingefandt.

Anruf an alle Schiedende von Halle und Umgegend.
Man fragt sich: Was nützt uns die Organisation? Sie fördert die Erhebung besserer Löhne, kürzere Arbeitszeit und menschenwürdige Behandlung. Und nun, Kollegen, warum steht ihr noch fern? Sait Euch die alte Unbilligkeit noch immer an? Das ist falsch. Es sind neue Kräfte vorhanden und es ist Aufgabe aller älteren Kollegen, durch friedliches Wirken die besten für unsere hohe Sache mit zu begünstigen, damit wir wieder zu einer Jubeltage, wie sie vor Jahren am Orte bestand, kommen können. Jeigen wir uns nicht feige. Es ist Pflicht eines jeden, in die Reihe der organisierten Kollegen einzutreten und dafür zu sorgen, daß unsere Gewerkschaft groß wird. Ich fordere hiermit alle Kollegen auf: sich Mann für Mann morgen, Sonnabend den

25. Januar, in der Verammlung bei Raumann einzufinden. Drum vorwärts. Ihr wackerer Kollege, rüthet die Fäden auf, damit auch sie zur Leberung kommen.

Conitung.

Vom Gardinen Mann 1 Markt zum Fonds des Volksblattes.

Griffhäuser der Braktion.

Zwei Streiteude. Das Anwaltschafts- und Altersgesetz ist am 26. Juni 1888 erlassen worden. Seine Annahme durch den Reichstag erfolgte am 25. Juni 1889 mit 185 gegen 166 Stimmen.
Gr. v. V. Das Unterlingsgesetz von 1870 bestimmt, daß man durch zehnjährige Anwesenheit vom Orte den Unterlingsgewohnheit an diesem Orte verliert und ihn durch ebensolange Anwesenheit an einem andern Orte dort gewinnt. Die Frist zur Erlangung des Unterlingsgewohnheits beginnt nach Vollendung 18. Lebensjahre.

Landesamtliche Nachrichten
Halle, den 23. Januar.

Angebote: Der Polizei Sergeant Gustav Flugmacher und für die Redaktion verantwortlich: A. Weismann in Halle.

Minna Garnack (Rundwegstraße 11 und Heide). Der Handarbeiter Robert Fischer und Anna Heide (Schützenstraße 2). Der Gärtner Paul Wittenand und Frieda Dippold (Friedrichstraße 28 und 25).

Gebirgung: Der prakt. Arzt Dr. med. Samjan und Johanna Bis (Wolframshäuser und Uienstraße 19).
Geboren: Dem Buchbinder Gusti Gerke ein S., Friedrich Carl (Hofstraße 4). Dem Friseur Ernst Erbe eine T. Maria Anna Katharina (große Ulenstraße 57). Dem Schlosser Paul Harig eine T. Theresie Wilhelmine Hedwig (Mühlbergstraße 71). Dem Tischlermeister Karl Mäurer eine T. Julie Marie (Schillerstraße 25). Dem Stellmacher Oscar Martin eine T., Hedwig Martha (Heine Ulenstraße 29).
Gestorben: Dem Handarbeiter Robert Will, 77 J. (Weidenplan 30). Des Bremler Adolf Siege S. Kurt, 1 J. (Lindenstraße 4). Des Maler Oscar Ebelster S. Paul, 10 J. (Dorotheenstraße 6). Des Zimmermann Carl Ebert T. Anna, 15 J. (Dorotheenstraße 171). Des Kapitäns Leutnant Richard Riedel T. Ruth, 1 J. (König). Der Kaufmann Nathan Abendant, 37 Jahre (König).

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Jahrestelle Halle.
Sonnabend den 25. Januar 1896, abends 8 1/2 Uhr,
in Zahns Restaurant, Martinsberg 6

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1896.
- 2. Vorstandswohl.
- 3. Stellungnahme zum Deutschen Gewerkschaftscongr.
- 4. Beschiedenes.

Verband der Schmiede
und in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter.

Sonnabend den 25. Jan., abends 8 Uhr, in Faulmanns Restaurant Gartenstraße 7

Versammlung.

Alle Kollegen möchten doch an ihre Lage denken und recht zahlreich erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Sonntag den 26. d. M., nachm. 4 Uhr, bei Faulmann, Gartenstraße 7

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vorlesung. 2. Zahlung der Beiträge. Verschiedenes.
Die referierenden Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ferner werden diejenigen, welche vorigen Sonnabend keine Zeitung bekommen haben, ersucht, ihre Absichten anzugeben. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für Brauer und Müller.

Den Herren Arbeitgebern und Kassenmitgliedern geben wir hierdurch bekannt, daß Herr Kaufmann Eduard Grosse, Sophienstr. 21, mit dem 1. Februar d. Jahres die Leitung der Kassenangelegenheiten übernehmen wird. Krankengeld wird nur Sonntag abends von vorm. 12 - 3 Uhr nachm. gezahlt. Sonstige die Kasse betreffende Geschäfte werden an den übrigen Werktagen von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. abgewickelt.
Halle a. S., den 22. Januar 1896.

Der Vorstand.

Jung. A. Müller.

Naturheilverein Siebichenstein.

Sonntag den 26. Januar nachm. 2 1/2 Uhr in Trotha, Rest. König Wander-Versammlung.
Abmarsch von der Wilhelmshöhe.

Verein der Böttcher und Brauereiarbeiter.

Unser Konzert und Ball

findet heute Sonnabend den 25. Januar, von abends 8 Uhr an im Saale des Bellevue statt, wozu freundlichst einladet
Das Komitee.

Centralkrankenkasse der Tapezierer.

Unter für Dienstag den 28. Januar angelegter

Maskenball
im Neuen Theater

findet besonderer Umstände halber
Mittwoch den 29. Januar
statt. Karten hierzu sind noch bei Herrn Schöne, Werberstr. 14, zu haben

Liedertafel Laute.

Die Feier unseres 14jährigen
Stiftungsfestes
findet Sonnabend den 25. Januar 1896, abends 8 Uhr
in der Kaiser Wilhelms-Halle
statt, wozu ergebenst einladet
Der Vorstand.

G. Müllers Restaurant

Friedrichstraße 5.
Sonnabend den 25. Januar 1896

I. großer Varenabend.

Selbstgebackene Pfannkuchen.
Hierzu ladet Freunde und Genossen freundlich ein. D.
Sonnabend Familienabend.

Sonnabend Schlachtefest.
Fr. Vordert, Siebichenst., Auguststr. 9.
Sonnabend Schlachtefest.
Fr. Peter, Blumenhalbe, 24.

Konzert.

Zu dem am Sonntag den 26. Januar im Verein Karl stattfindenden grossen Konzert und Ball der Vereinigung der Zimmerischen Gesangsvereine ladet nochmals alle Freunde und Gönner der Vereine freundlich dazu ein
Die Vereinigung
NB. Des großen Programms wegen beginnt das Konzert präzis 7 1/2 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung.

Zeige hierdurch an, daß ich morgen Cleariusstraße 13, Durchbruch der Klausstraße eine Rind- und Schweinefleischerei eröffne. Für Lieferung frischer und guter Ware werde ich stets bemüht sein.
Vochachtungsvoll
W. Teichler, Fleischermeister.
Verkaufsstelle des allem. Konsumvereins.

Stadttheater in Halle.

Sonnabend den 25. Januar 1896.
128. Vorstell. - 93. Abonnements-Vorst.
Farbe: weiß.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Schülerbilletts giltig.
Die Ahnran.
Trauerspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.
Sonntag den 26. Januar 1896.
Nachmittags.
25. Fremden-Roch bei Hofen Weisen.
Zum 15. und letzten Male.
Schneewittchen
und die sieben Zwerge.
Abends.
129. Vorstell. - 94. Abonn.-Vorstellung.
Farbe: rot.
Novität! Zum 2. Male: Novität!
Die Venus von Milo.
Schauspiel in 1 Aufzug v. Paul Udoan.
Hieran:
Die tolligen Weiber von Windsor.
komisch-phantastische Oper in 3 Akten
von H. Wolfenthal.
Musik von Otto Nicolai.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Habert.
Neuer Spielplan!
Die drei Eclair, Beauvoir-Luftgummler auf dreifachen hohen Berg. (Sensationell!) Brothers Kay und Maaron, exzentrische Komödianten mit ihrem originellen „Stroh im Nasenputz“. Hr. Roberto Alphonso, Jongleur-Quintillität. - Mlle. Diamantine Vernici, Serpentin- und Kanute-Zängerin. - Herr Jean Paul, humoristischer Mimiker. Fr. Josefine Arden, feder u. Walzer-Sängerin. Herr Siegfried Gentes, Original-Gesangs- u. Charakter-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

National-Theater.

Freitag den 24. Januar 1896.
Zum 3. Male:
Ritter Blaubart.
Sonnabend den 25. Januar 1896
Geschlossen.
Sonntag den 26. Januar 1896.
Zum 2. Male:
Der Kampf ums Dasein.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr Anfang 8 Uhr.

Prinz Karl

Freitag d. 31. Jan. 1896
gr. Volks-Maskenfest.
Alles Nähere später.

H. Mehnerts Restaurant

Viebnauer- und Wöllrothen-Gde.
Sonnabend den 25. Januar
erster großer
Varenabend.
Selbstgebackene Pfannkuchen.
Es ladet freundlich ein
D. O.

Restaurant Turnhalle

Streiberstraße 21.
Sonnabend den 25. Januar
erster großer
Varenabend,
wozu freundlich einl. H. Sentschel.

Gasthof zum Pelikan.

Sonnabend den 25. d. Mis.
erster großer
Familien-
Abend.
Narrenkappen gratis.
Albert Zabel.
Sonnab. d. 25. Januar
Schlachtfest.
Franz Barthe!,
Thorstraße 23.
Schlachtfest.
Otto Mueller,
Lichtenstr. 11.
Sonnabend
Schlachtfest.
G. Effermann,
Glauchauerstraße 36.

1 Markt I.

Sonnabend
Schlachtfest.
Th. Raap, Markt I.
Sonnabend: Schlachtfest.
V. Osterloh, Steinweg 50.

Schlachtfest.

Sonnabend
Schlachtfest.
E. Hindorf, Wuchererstraße 65.

Schlachtfest.

Sonnabend
Schlachtfest.
Karl Mertz, Büchstraße 8.

Pöfelfleisch

von jungen roten Landschweinen a Wd.
50 J empfindl.
L. Wentzke, ar. Steinstraße 41.

Saure Gurken

in ganzen u
halben Erbstoff,
sowie in
einzelnen Schoden, a Schodl 1.80 M.,
billigst.

Sauerkohl

in Fässern u. aus-
gewogen.
Niederlage der
Wallhäuser Conserven-Fabrik
Spitze 1.
Berger Leberthran,
Medizin. Ungarweine
empfehlen billigst
E. Walthers Nachf.
Mortizwinger 1 u. Steinweg 26.

Frisches Gänse-Pöfel-Fleisch

a Fund 55 Wfa.
H. Dohberstein,
1 alter Markt 1
Gebr. Bisher zu kaufen geacht
Benecke, H. Braubachstraße 14.

ff. Phannemmas

a Fund 24 J.
erbundene Phannema
a Fund 15 u. 20 J.
Heidelberger u. rieg. Phannema
billigst
Niederlage der
Wallhäuser Conserven-Fabrik
Spitze 1.

ff. Senf- u. Pfeffergurken,

Mixed Pickles,
Gurkenalat a Naturale
billigst
Verkauf zu Engros-Preisen.
Niederlage der
Wallhäuser Conserven-Fabrik
Spitze 1.

ff. Speck-Fett

mit Gewürz, gebatet
a Fund 45 J.
ff. Speise-Fett
a Fund 35 J.
ff. Pflanzenmehl
a Fund 20 J.
Butterhandlg. Viktoria
4 alter Markt 4.

Lederfest

a Dole 10 J empfindl.
F. A. Patz, ar. Ulenstraße 9,
neben Wars-la-Dour.
Den werthen Mitgliedern des Ge-
sellschaftsvereins zur
gegl. Nachricht, daß ich vom heutigen
Tage an schöne mehrfache Speise-
kartellen verkauf.
achtungsvoll
H. Engler,
Triftstraße 6.

Rose

von Fürstenwalde.
Die beste
Kartoffel

der Zeitzeit, die veredeltesten An-
sprüche zufriedensstellend, liefert das
Kartoffel-Engr. Hans Max Schultze,
Mortizwingerstr. 50 pro Htr. frei
Haus mit 2.50 Mk.

Achtung!

Bringe mein großes Lager fertiger
Hühn- und Zehnfüßler in empfeh-
lender Erinnerung. Nur gebackene
Schaf- und Kanarienvögel nur bei
Willi Naundorf,
39 Albrechtstraße Nr. 39.

Garant. Roggenbrot 60 Wf.
reines G. Hädiche, Schwedischfett.
Warnung.
Der gleichrübriger Friedrich
Häbenthal ist wegen Unterschlagung
und Betrug aus meinen Diensten ent-
lassen und ist derselbe nicht berechtigt
für mich Gelder einzuziehen.
Franz Enke, Friedrichshöfen.
Großer Bollen Futterkarofloß im
ganzen und einzeln zu haben
ar. Ritterstraße 10.
Briketts a Junner 65 J verkauft
Triftstraße 6.
Möhrenkübe werden gelochten
Thomaststraße 1.
Neues Sopha h. v. Gerhart, 13. v.
Als Mätresse empf. f. in u. aus, d.
Sauls Anna Nischel, Reumarkt 12. v.
Eine neue Affordhitzer billig zu
verkaufen Siebichenst. Auguststr. 9.
Ein Jahr, und 3 junge Zugbunde, ar.
Halle, sind zu verk. Auguststraße 1. II.
Zugbunde mit Wagen und Hütte bill.
zu verkaufen Siebichenst., Triftstr. 31.
Eine Wohnung zu 45 bis 50 Thlr.
wird zu mieten gesucht. Offerten abs.
in der Expedition d. Bl. Blattstr. 21.
Eine Wohnung für 30 Thlr. zu verm.
Siebichenst. Auguststr. 8.
Unserm Sonnabend, S. Weych-
mann zu seinem Gedächtnistage ein drei-
mal domeneses Hoch, daß die ganze
Mittelstraße wackelt und der Knipfel
auf der Döbelnau saupelt.
Mehrere durtige Zeelen.
Hierzu eine Beilage.

Überfall und nirgend.

Keine Romane.

Ein Königreich hab ich gesehen.
So eins nicht's auf der Welt nicht mehr.
Mit offnem Mund: blick ich tiefer,
Und hab und staunte rings umher.

Das war ein Köstlein allerorten
In Paris und Spai, zu Stadt und Land.
Ein rechter, reicher Gottes Segen,
Wie ihn mein Auge nirgend fand.

Die Straßen statt von Kriegsmützen
Von Mann Tarif und Fräulein,
Schönheit und auch den Schwermoten
War auch nicht eine ausgefallen.

Und denken? — O da hat ein Staube
Ganz ohne Pfiff und Pfeifertand.
Leidende, wie einst des Weibes Laube,
Geschwehrt ob dem beglückten Land.

Und keine Spur von Nihilismus,
Von Dunkelmeiner Müdelerei,
Selbst Tugendtum, St. Atholismus
Und Gar-Nichts gait für einerlei.

Und Schrit und Wort war freigegeben,
Die Presse saute Tag und Nacht.
Jedem Kraft und jedes Erben,
Wenn esht, ward wachsam auch gemacht.

Vom König war nicht viel zu leben,
Und doch läßt er an jedem Ort.
Und wußt er wo zu Hause gehen,
Trug man ihn auf den Händen fort.

Die Stände zeigten so viel Zummheit,
Als ganz Ständen nötig thut.
Weht Mühseligkeit und munder Zummheit
Und just den rechten Redemut.

Wairaffen gab es und Espione
Als Karität ein paar im Land,
Und für die Zeitung der Barone
Im Zollhaus einen Bismarckant.

Und Freiheit lag und grüner Friede
Und Ueberfluth und Ueberfluth,
Wie eine bündige Regie
War herrlich ob des Reiches Brust.

Die Dichter langen, wie sie wollten,
Der eine hat, der andre weicht.
Und keiner ward davon gescholten,
War er nicht einer Schule gleich.

Noch hatt ich, ganz im Schanz verloren,
Des Weibes Lantz will gelächelt,
Als plögl'ich, dich vor meinen Ohren,
Ein fremd r Klang vernemlich taucht.

Ich — wachte auf — Wo? — im Gefängnis,
Vom Kitz'n der Keit' an meinem Fuß ...
D unglückseliges Wehgangs!
Dah man auch stets erwachen müß!

Nur meinem Fenster stand das Gitter
So sehr wie früher in der Mauer,
Und über mir lang — ohne Rührer! —
Ein Strauchdick seinen Gassenhauer.

F. Dingelstedt.

Vom Reichstagswahlrecht.

Im Reichstage ist der Antrag zur Vermehrung der Wahlkreise wieder eingebracht worden, und zwar diesmal von den Freisinnigen unter der Führung von Eugen Richter. Es heißt im Artikel 20 der Reichsverfassung, daß die Wahlgesetze für den Norddeutschen Bund ergänzt: „Bis zu der gesetzlichen Regelung, welche im § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorgelesen ist, werden in Bayern 48, in Württemberg 17, in Baden 14, in Hessen-Sachsen 6 Abgeordnete gewählt und beträgt demnach die Gesamtzahl der Abgeordneten 382.“ Die Fischen waren so bemerkt, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter kam.

Zu diesen 382 Abgeordneten kamen 1874 noch die Elsaß-Lothringen, wodurch sich die Zahl auf 397 erhöhte. Eine weitere „gesetzliche Regelung“ ist aber nicht erfolgt, wie es denn zu den Beschlüssen der Bismarckschen Politik gehörte, unbenutzte Frauen mit dem Vorbehalt späterer gesetzlicher Regelung zu umgehen und diesen Vorbehalt später zu ignorieren. Wo keine Zeit für die Regelung angeht war, konnte man sich auf diese Form berufen, und es fand diese Politik und Diplomatie viel Bewunderung bei den National-Liberalen; man denke nur an den bekannten Artikel V des Prager Friedens von 1866, betreffend die Neubildung der Verhältnisse in Norditalien.

Das Wachstum der Bevölkerung hat namentlich in Bezug auf die Zahl der Wahlkreise ein außerordentliches Mißverhältnis hervorgerufen. Deutschland hat seine Einwohnerzahl seit damals von 37 Millionen auf über 52 Millionen erhöht, und der Reichstag müßte sonach, wenn ein Abgeordneter auf 100 000 Köpfe kommen soll, aus 520, statt aus nur 397 Abgeordneten bestehen. In einzelnen Orten tritt das Unzureichende der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung ganz besonders auffallend hervor. Die Stadt Berlin müßte nach den ursprünglichen Bestimmungen 17 Abgeordnete haben, wenn ihre Bevölkerungszahl berücksichtigt werden sollte; sie hat aber bekanntlich nur 6 Vertreter. Hamburg müßte statt 3 Vertreter deren 6 haben, München statt 2 deren 4 c.

Die Anträge, welche eine Vermehrung der Wahlkreise bezwecken, sind stets abgelehnt worden, und zwar unter Angabe von „Gründen“, die wir für zu unbedeutend halten, um sie hier anzuführen.

Die bismarcksche Regierung scheint die entschiedenste Gegnerin einer Vermehrung der Wahlkreise gewesen zu sein. Der Plan zu dem neuen Reichstagsgebäude wurde unter der Regierung des Fürsten Bismarck entworfen, und schon damals schien man mit einer Zeit zu rechnen,

in der das allgemeine Wahlrecht nicht mehr bestehen würde. Der Sitzungssaal im alten Reichstagsgebäude war nämlich für 397 Abgeordnete schon etwas klein; die Abgeordneten saßen so eng zusammen wie Schüler auf den Schulbänken. Bei dem Bau des neuen Reichstagsgebäudes hätte man diesen Fehler leicht verbessern können, aber es geschah nicht; der Saal im neuen Gebäude ist nicht größer wie im alten und 500 Abgeordnete können darin nicht untergebracht werden. Auch das Schreibzimmer für 397 Mann nur 16 Plätze! Das Lichte liefel kann allerdings durch den Raumverzicht vergrößert sein; aber diese Dinge müssen die Auffassung hervorgerufen, als habe man bei der Errichtung des neuen Reichstagsgebäudes an einen Reichstag gedacht, der weniger Mitglieder zählt, als der heutige. Wenn man sich fragt, welche Gründe vorhanden sein mögen dafür, daß man so peinlich an der bisherigen Wahlkreiseinteilung festhält, so werden sie in erster Linie darin zu suchen sein, daß man die bisherige „Geometrie“ der Wahlkreise nicht aufgeben will. Diese ist so beschaffen, daß die Städte, in denen gewöhnlich die Sozialdemokratie oder andere Oppositionsparteien die Oberhand haben, häufig lahmgelegt sind durch eine starke Zugabe von ländlichem Gebiet, wo meistens reaktionär gewählt wird. Es gibt Städte, die mehr als 100 000 Einwohner haben und sich doch diesen Zugabe nach lassen müssen. Zu diesen glücklichen Großstädten gehört auch Halle, das für sich schon bei 116 000 Einwohnern einen Abgeordneten sollte wählen können. Die Sozialdemokratie würde durch die Vermehrung der Wahlkreise auch eine ausgiebige Vermehrung ihrer Abgeordneten erfahren, und das mag ein Hauptgrund sein, warum die Anträge auf Vermehrung immer abgewiesen werden.

Allerdings wäre man bei einer Neueinteilung vor der „Wahlkreiseometrie“ auch nicht sicher. Das Wahlrecht für den Reichstag bedarf überhaupt noch in sehr vielen Punkten der Verbesserung; das Wahlgeheimnis müßte besser geschützt werden. Die Regierung aber verhält sich in diesen Dingen sehr zögernd und thut, als nähme sie gar keine Notiz von den Beschlüssen des Reichstages, die zu diesem Zwecke gefaßt worden sind.

Die Konservativen bekennen sich als die entschiedenen Gegner des allgemeinen Stimmrechts. Sie haben von besser gewalttätiger Abhaltung gesprochen; einzelne fordern, wie die höchstigen Reaktionen, daß das Wahlrecht jedem entzogen werden soll, der sich offen zur Sozialdemokratie bekennt; unter der Maske der Bekämpfung des „Unfuzes“ will man das allgemeine Wahlrecht umfärzen. Es wird sich zeigen, welche Stimmung härter ist, die, welche das Wahlrecht erhalten, oder die es umfärzen will.

Ganz richtig sagte am Sonntag unser alter Genosse Liebknecht in der großen Versammlung zu Söthirz: „Ich habe zwar schon viele Regierungen und Throne sitzen sehen, aber noch nie ein Volk.“

Die Feinde des allgemeinen Wahlrechts behaupten immer, das Volk sei „nicht reif“ für dasselbe. Die Wahrheit ist, daß ihnen das Volk nur allzureich erscheint. Weil es nicht lauter Junter, Pfaffen und Bourgeois wählen will, heißt es, mit dem Wahlrecht werde „Mißbrauch“ getrieben. Man täuscht sich dabei in einem sehr wesentlichen Punkte, wenn man glaubt immer noch, die Masse des Volkes wisse die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts nicht zu würdigen. Aber die Deutschen haben nicht über ein Vierteljahrhundert das Wahlrecht gehabt, ohne dabei etwas zu lernen. Als Bismarck das allgemeine Wahlrecht einfuhrte, dachte er vielleicht daran, es später wieder einzuführen. Allein er mußte einsehen, daß das nicht so leicht ist. Ein Volk von fünfzig Millionen ist kein Spielzeug, das man nach Belieben mit politischen Rechten ausstatten und derselben wieder entziehen kann. Darum wird das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit sich sympathisch zu den Bestrebungen stellen, die das Wahlrecht kräftigen und erweitern wollen. Die Konservativen untergraben sich selber den Boden, indem sie das Volk seines wichtigsten Rechtes berauben wollen.

Wofür sie damit zielen, ist klar. Sie wollen die Volksvertretung ausschließlich in die Hände der herrschenden Klassen bringen, und die bürgerliche Opposition glauben sie dann leicht auf die Seite schieben zu können. Dann wird die agrarische Politik — glauben sie — freie Bahn haben; dann kann die Verrentung der Lebensmittel von neuem beginnen. Sie wollen dann die Erträge der „nationalen Arbeit“ mit vollen Schöpfeln abschöpfen; sie teilen sich mit der Bourgeoisie in den Gewinn und streifen sich nur darüber, wer den größeren Anteil erhalten soll. Dieser Streit kann allerdings maudmalig sehr ernst werden. Die Deutschen werden es nicht mehr glauben wollen, daß das Schicksal bestimmt habe, ihre Heimat müßte ein Paradies für die Junter und Bourgeois, dagegen eine Hölle für das Proletariat sein. Das Mittelalter ist vorüber; die arbeitende Klasse will sich Brot und Freiheit erkämpfen und wird nicht ruhen und ruhen, bis sie dieses Ziel erreicht hat.

Wären die Bestrebungen auf Erweiterung und Befestigung des Wahlrechts zum Ziele kommen, oder mag man es uns zeitweilig entziehen — die Arbeiterbewegung geht ihren gewöhnlichen Weg und das deutsche Proletariat wird sich die politische Macht erringen, trotz Junter und Pfaffen, trotz Scharfmacher und aller Schornsteinbarone.

Zu die Genossinnen.

Genossinnen! Das letzte Jahr war für die proletarische Frauenbewegung ein Jahr besonders heftiger Verfolgungen. Mit brutaler Schmeichelei und hinterlistiger Verschleierung suchten die herrschenden Gewalten das Weib der Aufmerksamkeit und Demagogie der proletarischen Frauen zu hinterziehen. Denn die Kapitallistenklasse will das Weib des werthvollsten Volkes allezeit als geeignete Lohnsklavin, als nicht murrende Gattin, Mutter und Schwester von Volksskandalen erhalten, und der Staat der Kapitallistenklasse bleibt sich deshalb bei jeder Gelegenheit bemüht, die Mittel zu hindern, daß die Proletarierinnen als stielbare Kämpferin

ringt für menschenwürdige Lebensbedingungen in der Gegenwart, für ihre entgeltliche Beteiligung in der Zukunft. Wo immer das Weib und die Macht der Herrschenden zu berücksichtigen die Wichtigkeit des weiblichen Geschlechts die Möglichkeit eines Einflusses gegen die proletarische Frauenbewegung boten, da wurde diese Möglichkeit stummlos ausgenutzt. Verein auf Verein verteilte der Auflosung, Komitees und Stimmungen ebenio, die Anteilnahme der proletarischen Frauen an den politischen, ja sogar an den rein gesellschaftlichen Bestrebungen ihrer Klasse wurde durch Versteifung und Juremännlichkeit in größerem Umfange verhindert als je zuvor.

Aber die Reaktion konnte die proletarische Frauenbewegung wohl empfindlich schlagen, sie war jedoch ohnmächtig zu verhindern; sie vermochte nicht und vermag nicht an die Parteien zu rühren, aus denen die sozialistische Ueberzeugung der Frau ihre Feindschaft gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung hervorgerufen. Die proletarische Frauenbewegung hat sich nicht der gegenwärtigen Situation ab, als mit einer erklärlichen und begreifenden Entschlossenheit und in der icharterlich ausstehenden Kampfe der Massen in Deutschland. Nicht Antheiligkeit ist es, die sie aneignen, sondern die Ueberzeugung, daß lebendige Gefühl der Pflicht, noch energischer als bisher zu kämpfen, noch wichtiger als in der Vergangenheit dafür zu wirken, daß die frohe Wirklichkeit des Sozialismus in die weite Welt der proletarischen Frauenwelt getragen wird. Auf die wachsende Reaktion muß und will sie durch eine immer ausgedehntere, fräftigere und wirksamere Agitation antworten.

Für die Agitation bedarf sie der regen andauernden Unterstützung aller Genossen, der moralischen Unterstützung, wie auch der materiellen. Mag auch die Agitation die größte Selbstthätigkeit sich bedingenden, die Agitation erfordert Mittel und dies umwomelt, als erstens: Welle in letzter Zeit die Arbeiterbewegung ganz beträchtlich sich vervielfältigen, Ankündigung unter die Frauenwelt abgelegener Gegenstände zu tragen, wo der Sozialismus kaum fest zu fassen beginnt. Unnöthig zu betonen, von welcher großer Wichtigkeit es ist, gerade diesen Aufforderungen zu entsprechen. Soll dies aber in vollem Umfange geschehen, soll die proletarische Frauenbewegung in dieser Zeit die Arbeiterbewegung ganz beträchtlich erfüllen können, so muß sich die Opferbereitschaft der Genossinnen in noch höherem Maße als bisher betätigen.

Genossinnen! Dagegen wir wissen, daß jede größere materielle Leistung Güterkosten durch Güter größeren Entbehrungen erkauft wird, daß ihr nicht von Eurem Ueberfluth geben könnt, sondern von Ueberfluth abgeben müßt, aber wir nicht, mit der Unterstützung an Euch heranzutreten, zu Gunsten der Bewegung Eure Kräfte auf's Beste anzupassen. Wir sagen nicht, von Euch größere Opfer zu verlangen, weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß die Opfer zu den unerlässlichen Vorbereitungen unseres Kampfes gehören, und daß sie in Eurem ureigenen Interesse in dem Eurem Sinne, Eurem ganzem Sinne gebracht werden. Jede Striegführung kostet Geld, besonders aber eine Kriegführung, die unter so ungünstigen Umständen geschieht, als die sind, unter denen die proletarische Frauenbewegung für ihre Ziele ringt.

Gelder zu Agitationszwecken und wie bisher zu leihen an die in Berlin erwählte Vertrauensperson, deren Aufgabe es ist, die Agitation unter den proletarischen Frauen allerwärts anzuzuregen und zu fördern, für ihre Einheitslichkeit und Planmäßigkeit zu sorgen. Wie bisher wird in der Gleichheit über die eingeleiteten Summen quittiert werden.

Genossinnen! Wir hoffen, daß die rühmlich bekannte Opferbereitschaft des deutschen Proletariats durch Euch nicht erweicht, Wir hoffen, daß Ihr durch Eure moralische und materielle Hilfe das Geringe dazu beitragen, daß die proletarische Frauenbewegung im neuen Jahre durch neue Kämpfe zu neuen Siegen fortföhrt!

Ettilie Gerndt,
Berlins Vertrauensperson,
Hilke Berlin,
Stuttgart, Redaktarin der Gleichheit.

Soziale Ueberfluth.

Frauenarbeit und Arbeitslöhne im deutschen Bergbau.

Aus einer amtlichen Statistik über den Steintohlenbergbau in Oberschlesien erfahren wir, daß im Jahre 1894 dort bei 52 300 Arbeitern überhaup 5400 Frauen und Mädchen beschäftigt waren. Die Folge davon ist die Herabdrückung der Löhne — laut amtlicher Statistik pro 1893 verdiente ein Bergmann im Durchschnitt 661 Mark — und die Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden. In Saarbrücken und Nieder-schlesien kennt man die Frauenarbeit fast gar nicht, daher betragen die Löhne 925 bzw. 729 M. und die Arbeitszeit 9 bzw. 10 Stunden, in Dortmund sind gar keine Frauen beschäftigt, der Lohn beträgt 946 M., die Arbeitszeit 8 $\frac{1}{2}$ Stunden. Diese Differenz reden eine deutliche Sprache, jede anderweite Bemerkung würde sie nur abjähren.

Vom Teilen. Einen Reingewinn von 1 275 631.70 Mark hat die Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg in dem Geschäftsjahr 1895 nach Abzug der statutenmäßigen Amortisation erzielt. Die Aktionäre werden die Kleinigkeit von 360 M. per Aktie einheimen können, einen Reingewinn, welcher ihnen zulieft, ohne daß sie einen Finger krümmen zu machen brauchen. Die Arbeiter haben es nicht so gut; sie müßten sich abradern, von einem Gewinn bekommen sie nichts zu sehen, knapp, daß ihr Lohn zum Gattessen ausreicht. Und doch sind sie es, die den nächststehenden Aktionären die 1 275 631 M. Reingewinn verdient haben. So will es die göttliche Bestimmung! Dem fleißigen Arbeiter die Schürfterei, dem reichen Nichtsthuer den Gewinn.

Vom städtischen Arbeitsamt in Frankfurt a. M.

Die städtische Arbeitsvermittlungsstelle verstand im Dezember v. J. 380 Arbeitsuchenden Stellung; darunter waren 245 hiesige Arbeiter und 29 Arbeiterinnen, 104 zugewandene Arbeiter und 2 Arbeiterinnen. Um Arbeit beworben hatten sich 800 Personen, 583 hiesige (darunter 55 Frauen) und 217 (5) auswärtige. Die Zahl der angebotenen Arbeitsstellen betrug bei hiesigen Arbeitgebern 285 (55), bei auswärtigen 185 (5). Es wurden 305 Handwerker und 110 nichtgewerbliche Arbeiter verlangt, während bei den Arbeitsuchenden 495 Handwerker und 245 ungewerbliche Arbeiter waren. Stellen erhielten 256 Handwerker und 93 ungewerbliche Arbeiter. Die Ausnahmestellen für Arbeiterangelegenheiten beantwortete 141 Anfragen von 117 Arbeitern und 24 selbständigen Personen, darunter 75 Anfragen über Arbeiterverficherung (23 Kranke, 28 Invaliden; von 24 Unfallverficherung), 40 über die Gewerbeordnung, 26 auf verchiedenen Rechtsgebieten. Mündliche Auskünfte wurden 95 erteilt, auf schriftlichem Weg wurden einschließend der gefertigten Schriftsätze 46 Angelegenheiten erledigt.

